



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 19. September 2016
Kantonsratspräsident Andreas Hofer

A 175 Anfrage Graber Michèle und Mit. über die ertragsstärksten juristischen Personen im Kanton Luzern / Finanzdepartement

Die Anfrage A 175 wurde auf die September-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden.

Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 106 zu 3 Stimmen zu.

Michèle Graber ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Michèle Graber: Die Bevölkerung des Kantons Luzern wird am nächsten Wochenende über die Volksinitiative „Für faire Unternehmenssteuern“ abstimmen. Die Initiative verlangt bei den Unternehmen eine Erhöhung der Steuern um 50 Prozent. Die gestellten Fragen beziehen sich auf die 5 Prozent jener juristischen Personen, welche die grössten Steuerzahler im Kanton Luzern sind. Die erfragten Zahlen ergeben ein umfassendes Gesamtbild, um eine bessere Einschätzung der möglichen Folgen zu erhalten, falls nur wenige dieser Firmen infolge der markanten Steuererhöhung wegziehen würden. Die Frage 2, wie viele Personen jeweils in diesen Firmengruppen beschäftigt sind, wurde nicht beantwortet. Deshalb bin ich mit der vorliegenden Antwort nur teilweise zufrieden. Die Anzahl möglicher Arbeitsplatzverluste beim Wegzug einiger weniger Firmen kann somit nicht genau abgeschätzt werden. Die drei beeindruckendsten Zahlen der Antwort sind: Erstens: Die fünf Topfirmen bezahlen allein über einen Fünftel des Steuerertrags der juristischen Personen. Zweitens: 200 Firmen tragen knapp zwei Drittel zu diesem Steuerertrag bei. Drittens: Von diesen 200 Firmen sind 48, also ein Viertel, in eine Konzernstruktur mit einer Holding- und/oder Verwaltungsgesellschaft mit Sitz im Kanton Luzern eingebunden. Diese Firmen reagieren sehr sensibel auf Steuererhöhungen, sie sind in der Lage, ihren Steuersitz innert kurzer Zeit von Luzern wegzuverlegen. Die Initiative löst unsere Finanzprobleme leider nicht, sondern eine Annahme birgt sogar grosse Risiken. Die vorliegenden Zahlen zeigen deutlich auf, dass schon der Wegzug weniger Firmen grossen Schaden anrichten kann.

David Roth: Die vorliegende Anfrage zeigt auf, dass es nicht sinnvoll ist, auf einen einzigen Standortfaktor setzen zu wollen, nämlich auf den, Briefkastenfirmen anziehen zu wollen. Michèle Graber hat erklärt, dass diese Firmen sehr mobil sind. Solche Firmen kann man mit einer Dumping-Steuerstrategie anziehen. Aber gerade solche Firmen werden den Kanton wieder verlassen, unabhängig davon, ob die Initiative „Für faire Unternehmenssteuern“ angenommen wird oder nicht, weil über kurz oder lang wohl ein anderer Kanton noch tiefere Unternehmenssteuern anbieten wird. Hingegen sind Firmen mit einer grossen Anzahl Arbeitsplätze nicht so mobil. Es ist eine Schwäche der Steuerstrategie, wenn weder der Wirtschaftsförderer noch die Regierung ausweisen können, wie viele neue Arbeitsplätze dadurch entstanden sind. Es scheint kein markanter Zuwachs an Arbeitsplätzen stattgefunden zu haben. Jetzt können Sie entscheiden, ob Sie die Infrastruktur des Kantons, die Bildung und die sozialen Institution weiter schwächen wollen,

indem Sie an einer Steuerstrategie festhalten. Bei einer Annahme der Volksinitiative erhält der Kanton Luzern Mehreinnahmen von 45 Millionen Franken.

Michael Töngi: Aus der vorliegenden Antwort wird nicht ersichtlich, was für oder gegen tiefe Unternehmenssteuern spricht. Es ist nicht überraschend, dass ein paar Topfirmen einen grossen Anteil der Steuern bezahlen. Die vorliegenden Zahlen sagen nichts darüber aus, welche Auswirkungen eine Annahme der Initiative zum Beispiel auf die Anzahl Arbeitsplätze der einzelnen Firmen hätte. Um das zu erfahren, müssten jedoch andere Fragen gestellt werden.

Giorgio Pardini: Die Regierung kann keine Antwort darauf liefern, wie viele Personen von diesen Firmengruppen beschäftigt werden. Ich kann die folgende Zahlen liefern: Bei der Migros Luzern sind es 6115 Personen, beim Luzerner Kantonsspital 6100 Personen, bei der Schweizerischen Post 3833 Personen und beim Coop 2557 Personen. Bei einer Annahme der Initiative „Für faire Unternehmenssteuern“ wird keine dieser Unternehmungen auch nur einen einzigen Arbeitsplatz abbauen.

Patrick Hauser: Man kann darüber diskutieren, ob eine Massnahme bei der Unternehmensgewinnbesteuerung Arbeitsplätze gefährdet oder nicht. Faktoren wie Stabilität und Planbarkeit können aber Unternehmen bei ihren Entscheidungen beeinflussen und Arbeitsplätze gefährden. Die Ausführungen der Regierung sind deshalb sehr wichtig und hilfreich. Es gibt unterschiedliche Arten von Gesellschaften, die im Kanton domiziliert sind, nicht alle davon sind gleich mobil. Aber auch die mobilen Unternehmungen sind steuerpflichtig und schaffen Arbeitsplätze.

Marcel Omlin: Die Post ist ein Bundesbetrieb und bezahlt keine Steuern. Bei den Genossenschaften kommen andere Steuersätze zum Zug. In der Gemeinde Emmen sind in den letzten Jahren einige Firmen angesiedelt worden, zum Beispiel die GEMÜ. Die Ruag investiert und baut ebenfalls, es entstehen zusätzliche Arbeitsplätze. Die Ruag bezahlt Steuern, es handelt sich um eine Aktiengesellschaft, die im Besitz des Bundes ist. In der Gemeinde Rothenburg sowie in der Stadt Luzern haben sich dank des attraktiven Steuersatzes ebenfalls verschiedene Firmen angesiedelt.

Hans Stutz: Der Anteil der Unternehmenssteuern lag im Kanton Luzern 2009 noch bei 14,8 Prozent, heute liegt er noch bei 9,3 Prozent. Damit relativieren sich auch die Aussagen von Michèle Graber. Die Stabilität bei den Unternehmenssteuern ist tatsächlich wichtig. Die Stabilität des Kantons ist aber ebenso wichtig. Der Kanton kann heute nicht mehr halten, was er vor Jahren versprochen hat. Zudem trägt das KP17 auch nicht gerade zur Stabilität bei.

Georg Dubach: Die Anfrage weist auf ein wichtiges und grosses Problem hin, welches bei einer Annahme der Initiative „Für faire Unternehmenssteuern“ auf den Kanton zukommen kann. Im Zusammenhang mit der Initiative werden immer wieder falsche Zahlen genannt. David Roth hat von Mehreinnahmen von 45 Millionen Franken gesprochen. Die Regierung zeigt in ihrer Botschaft aber auf, dass es sich höchstens um 10 bis 11 Millionen Franken handelt. Das Parlament hat der Initiative eine Abfuhr erteilt, ich hoffe, die Bürgerinnen und Bürger des Kantons werden dies ebenfalls tun.

Erwin Arnold: Für die CVP-Fraktion sind die Antworten des Regierungsrates plausibel und nachvollziehbar. Die Antworten zeigen deutlich auf, dass ein geringer Teil der juristischen Personen 60 Prozent der Steuerleistung aller juristischen Personen erbringt. Es ist daher auch für die CVP richtig und wichtig, dass der Kanton Luzern für sämtliche Steuerarten eine wettbewerbsfähige Steuerbelastung anbieten kann. Dies gilt namentlich für den aktuellen Gewinnsteuersatz von 1,5 Prozent für Unternehmen. Eine Erhöhung dieses Gewinnsteuersatzes würde den Kanton Luzern im Hinblick auf die kommende Unternehmenssteuerreform III empfindlich treffen und schwächen. Gesamtschweizerisch würde der Kanton Luzern zurückgeworfen, er wäre dadurch für international tätige Unternehmen nicht mehr attraktiv.

David Roth: Bei einer Annahme der Initiative wird sich zeigen, ob es sich um Mehreinnahmen von 45 Millionen Franken oder von 10 Millionen Franken handelt. Zudem ist eine Stimmrechtsbeschwerde hängig, weil sich die Regierung zu Behördenpropaganda hat

hinreissen lassen.

Hasan Candan: Die Regierung und der Kantonsrat haben entschieden, die Steuern für Unternehmen zu senken, um damit mehr Unternehmen in den Kanton Luzern zu locken. Finanziell steht der Kanton aber schlecht da. Die Steuerstrategie ist in meinen Augen gescheitert. Die Auswirkungen auf den NFA konnten wir nicht antizipieren. Im Moment befindet sich der Kanton Luzern bei den Unternehmenssteuern auf dem 1. Platz. Durch die Unternehmenssteuerreform III fällt der Kanton auf den 2. Platz zurück. Dieser 2. Platz ist jedoch nicht sicher, weil die anderen Kantone im Hinblick auf die Unternehmenssteuerreform III ihren Unternehmensgewinnsteuersatz um mindestens 3 Prozent gesenkt haben. Bis jetzt haben die Kantone Ob- und Nidwalden, Aargau, Appenzell-Innerrhoden, Uri, Schwyz, Neuenburg, Glarus und Graubünden diesbezüglich noch nichts kommuniziert. Sie werden wohl ebenfalls eine Senkung von 3 Prozent vornehmen. Danach befindet sich der Kanton Luzern nicht einmal mehr unter den ersten sechs Plätzen. Für Firmen verlieren tiefe Unternehmenssteuern an Interesse, viel wichtiger werden die Patentbox, zusätzliche Abzüge für Forschung und Entwicklung sowie Erleichterungen bei der Kapitalsteuer. Mit der bisherigen Steuerstrategie konnte der Kanton nur wenige Unternehmen anziehen. Der Kanton muss von dieser Strategie wegkommen und wieder investieren, um künftig wieder eine gute Infrastruktur anbieten zu können. Nur so kann er neue Unternehmen anziehen.

Marcel Omlin: Zu einer Strategie gehört es, auch die zweite oder dritte Geländekammer zu beachten. Das hat die Regierung getan. Die Regierung konnte nicht wissen, dass die EU mit dem Euro faktisch Konkurs geht und es zu einem Einheitskurs kommt. Diese Tatsache hat dem Kanton am meisten geschadet. Diesen Währungsverlust kann man nicht einfach innerhalb eines Jahres ausgleichen. Eine Strategie passt man nicht jedes Jahr neu an. Mir ist nicht klar, wie der Kanton Neuenburg seine Unternehmenssteuern senken sollte, ist er doch faktisch Konkurs.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Wenn durch den Wegzug einer Firma Arbeitsplätze aufgehoben werden, kommt es nebst dem Schaden von fehlenden Arbeitsplätzen auch zu fehlenden Steuereinnahmen auf der natürlichen Seite. Drei Firmen bezahlen 16 Prozent der Unternehmenssteuern. Nebst den vielen KMU-Unternehmen mit einer grossen Anzahl an Arbeitsplätzen braucht der Kanton aber noch mehr solche Firmen. Laut der Initiative soll die Steuererhöhung 45 Millionen Franken Mehreinnahmen bringen. Die Regierung geht jedoch von 11 Millionen Franken aus. Bis jetzt konnte niemand belegen, wie es zu den 45 Millionen Franken kommen soll. Zu Frage 2: Die Anzahl Arbeitsplätze wird tatsächlich nicht mehr erhoben. Es sind lediglich Zahlen von einzelnen Firmen bekannt. Im Veranlagungsverfahren werden diese Zahlen nicht erhoben, weil sie für die Besteuerung irrelevant sind. David Roth hat von Briefkastenfirmen gesprochen. Nicht jede Einzelfirma ist eine Briefkastenfirma. Ein gutes Beispiel ist etwa Schmolz und Bickenbach, hier wurde aus einem Investmentpaket ein Konzern gemacht, der nach Luzern geholt wurde. Ich kenne diese Firma, sie bietet mehr als 30 Arbeitsplätze, und die Tendenz ist stark steigend. Es ist interessant zu sehen, wie sich die anderen Kantone bezüglich der Unternehmenssteuerreform III bewegen. Der Kanton Genf hat mit 24 Prozent den höchsten Steuersatz der Schweiz und senkt ihn nun auf 13 Prozent. Der Kanton Genf begründet die Senkung damit, dass dadurch Einnahmen und Arbeitsplätze gesichert werden sollen. Der Kanton Basel-Stadt senkt den Steuersatz von 22 Prozent auf 13 Prozent mit derselben Begründung wie der Kanton Genf. Der Kanton Zug geht auf 12 Prozent, nur der Kanton Luzern macht eine Gegenbewegung. Wie soll das aufgehen? So rutscht der Kanton Luzern ins hintere Mittelfeld ab und wird für die Ansiedlung von auswärtigen oder ausländischen Firmen nicht mehr attraktiv sein. Aus diesen Gründen ist die Initiative „Für faire Unternehmenssteuern“ abzulehnen.